

Tages-Anzeiger, 23.02.2007

«Die Muslime fühlen sich zu Recht bedroht»

Ein islamfeindliches Wahlkampfinserat der SVP, das in der letzten Woche im TA, der NZZ und im «Tagblatt» erschienen war, hat am Donnerstag eine politische Antwort erhalten: «Einstehen für Musliminnen und Muslime in der Schweiz und Schutz der praktischen Religionsfreiheit» ist der Titel einer gemeinsamen Erklärung mehrerer Kantonalparteien. SP, Grüne, CVP, EVP und AL protestieren zusammen mit der Vereinigung der Islamischen Organisationen in Zürich (Vioz) dagegen, dass die SVP «diffuse Ängste in der Bevölkerung vor dem Islam politisch instrumentalisiert». Der Generalverdacht tangiere die Religionsfreiheit. «Die Muslime fühlen sich dadurch zu Recht bedroht.» Religionsfreiheit sei nur dann eine Freiheit, wenn sie auch ausgeübt werden könne. «Muslime beanspruchen nichts anderes als die Christen (und damit auch die meisten SVP-Politiker) in allen Ländern für sich einfordern, nämlich das Recht auf Religionsfreiheit.»

Pauschalangriffe machen wehrlos

Die beteiligten Parteien erklären, sie würden sich nicht gemeinsam wehren, falls die SVP Aussagen oder Taten einzelner Muslimvertreter oder Vereine angreifen oder anprangern würde. «Wenn aber die Angehörigen einer ganzen Religion (oder auch einer Rasse) von der SVP als Bedrohung dargestellt werden, dann ist der Punkt erreicht, an dem wir gemeinsam sagen: So nicht.» Es gehe nicht um eine weitere Diskussion über Stilfragen, stellen die Parteien klar. Im gleichen Inserat greife die SVP auch die Linken und Grünen inhaltlich falsch und polemisch an - aber diese Angriffe lägen «im Rahmen eines Wahlkampfes» und tangierten auch keine Grundwerte. Die Linken, Grünen «und auch die Netten» könnten sich gegen solche Angriffe wehren, wenn sie wollten. Das sei den Muslimen nicht möglich: «Wer allein wegen seines Glaubens als Gefahr und als potenzieller Gesetzesbrecher dargestellt wird, kann sich dagegen nicht wehren», schliesst die gemeinsame Erklärung. (DS)